

Jetzt stellt die AfD Merkel die vier Fragen der fünf Professoren!



Von JÖRG HALLER | Sie kennen Sie vielleicht – die aufsehenerregende Anfrage an die Bundesregierung von fünf Professoren und Experten, die stellvertretend für so viele kritische und besorgte Bürger, Familien, Fachleute, Erkrankte, Altenheime, Krankenhäuser, Selbständige, Firmen und Betriebe und letztlich ein ganzes Volk steht: Ist der Lockdown zur Bewältigung von Corona wirklich notwendig und verhältnismäßig, war die Risikoeinschätzung der Bundesregierung überzogen? Warum wird nicht nach offensichtlichen Fakten, sondern nach überzogenen angstvollen Befürchtungen gehandelt?

Bundesregierung antwortete nicht, nun legt AfD nach

Unter dem medizinischen Leitmotto „Die Schäden einer Therapie dürfen nicht größer sein als die Schäden der Krankheit“ haben der bekannte Mediziner Prof. Dr. Sucharit Bhakdi (Universität Mainz), der Immunologe Prof. Dr. Stefan Hockertz (tpi consult GmbH, ehem. Uni Hamburg), Prof. Dr. Stefan Homburg, Volkswirtschaftslehrer (Universität Hannover), Prof. Dr. Werner Müller, Betriebswirtschaftslehre-Fachmann (Hochschule Mainz) und der Psychologe Prof. Dr. Harald Walach (Universität Witten) eine auf den Punkt gebrachte Fakten- und Frageliste präsentiert, auf die die Bundesregierung bisher keine Antworten fand. Diese Fragen leitete nun die AfD-Fraktion als öffentliche Anfrage an die

Bundesregierung weiter.

Interview mit dem AfD-Bundestagsabgeordneten Paul Hampel

PI-NEWS fragte im Interview dazu den außenpolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion und Mitgründer des ARD-Hauptstadtstudios, Armin-Paulus Hampel, der am 15. Mai im Bundestag eine bemerkenswerte Rede zum BMI-Leak gehalten hat, die bislang auf Youtube schon fast 200.000 Mal aufgerufen wurde (siehe Video unten).

PI-NEWS: Herr Hampel, Sie hielten letzte Woche im Bundestag eine viel beachtete Rede zu dem warnenden Bericht des Oberregierungsrates Stephan Kohn aus dem Bundesinnenministerium, das allen Abteilungen des Hauses zuging und die Einschätzungen zur Corona-Gefahr mit über 80 Seiten Fakten widerlegte – und damit die aktuelle Politik im Kern hinterfragt, Einschätzungen als Fehlalarm subsummiert. Kohn wurde daraufhin beurlaubt. Was sind für Sie die wesentlichen Inhalte und die Konsequenzen dieser Vorgänge?

Paul Hampel: Der Bundesinnenminister hat schon Konsequenzen aus dem Fall gezogen, allerdings die falschen, indem er den Oberregierungsrat Stephan Kohn aus seinem Innenministerium in den Urlaub geschickt hat – für mich ist das eine ganz bedenkliche Entwicklung! Denn hier wird es so dargestellt, als ob ein Beamter im Hinterzimmerchen oder im einsamen Amtsstübchen für sich allein eine Lagebeurteilung verfasste und diese dann auf dem Briefbogen des Innenministeriums in alle Welt versandte. Das aber ist ja genau nicht der Fall: Herr Kohn hat sich Expertise bei namhaften Wissenschaftlern eingeholt, die bis dato einen unbescholtenen Ruf hatten – und er hat aus diesen Analysen einen Gesamttext erstellt. Hinzu kommt, dass er auch mit vielen Kollegen in seinem Hause kommuniziert hat – und seine Anmerkungen in dem Schreiben an den Innenminister belegt, dass viele seiner Kollegen ihm im persönlichen Gespräch zustimmen, diese aber nicht öffentlich und schon gar nicht gegenüber ihrem Minister äußern wollen,

weil sie Repressionen befürchten! Das wiederum bestätigt einen Zustand in unseren Ministerien, die ich schon in meiner Bundestagsrede beklagt habe: nämlich dass die Parteien in die Beamtenschaft hineinwirken und dort parteipolitische Interessen verfolgen. Der Staatsdiener in Deutschland, der deutsche Beamte, ist aber auf Staatstreue verpflichtet! Das ist das Grundwesen unseres Beamtentums. In dem Augenblick, wo Beamte sich den parteipolitischen Interessen öffnen und diese in den Häusern vertreten, würde das dem Auftrag, den sie haben, völlig widersprechen. Diese Entwicklung ist nicht neu, sondern schon seit vielen Jahren zu beobachten – und könnte das Ansehen und das Vertrauen in unserer Beamtenschaft erheblich erschüttern. Ich warne vor einer solchen Entwicklung!

Das Infektionsschutzgesetz wurde von der Regierung im Rahmen der ersten Gesetzespakete geändert, obwohl es in seiner bisherigen Fassung klare Maßnahmen vorgibt, wie man Menschen in Infektionswellen schützt. Erneut hat die Regierung Merkel sich nicht an geltendes Recht gehalten, indem sie laut dem alten Gesetz nicht die Risikogruppen schützt, sondern nun die gesamte Bevölkerung und gar Familien voneinander isoliert. Was genau passiert hier?

Die Bundesregierung hat meines Erachtens von Anfang an viel zu zögerlich gehandelt, sie hatte zu Beginn der Corona-Krise an sich alle Möglichkeiten, um der Problematik sehr viel sinnvoller zu begegnen. Die vielen Möglichkeiten, die das Infektionsschutzgesetz (früher Bundesseuchengesetz) bietet, wurden nicht angewandt. Meines Erachtens hätte man von Anfang an die eigentlichen Risikogruppen lokalisieren müssen. Wir wissen durch die Erfahrungen in China und anderswo, dass für 80 bis 85 Prozent der Infizierten Corona in der Tat eine leichte Grippe ist, teilweise mit überhaupt keinen oder nur ganz schwachen Symptomen. Für zehn bis 15 Prozent kann es hingegen lebensbedrohlich sein. Jetzt wäre es Aufgabe der Bundesregierung gewesen, genau diese Gruppen anzusprechen. Wir

wissen, dass die Älteren besonders betroffen sind: das Durchschnittsalter der Verstorbenen in Bergamo in Italien beträgt 81,5 Jahre – das Durchschnittsalter! Also man kennt die Zielgruppen sehr genau – und diese trifft man bei uns vornehmlich in Alten- und Pflegeheimen. Man hätte also von Anfang an diese Pflegeheime unter einen besonderen Schutz stellen müssen – das heißt alle Bewohner testen, diejenigen, die infiziert sind, in eine besondere optimale ärztliche Betreuung geben – und die anderen so unter Quarantäne stellen müssen, so dass die Betroffenen für einen Zeitraum von vier bis zehn Wochen keinerlei Kontakt nach außen haben, damit sie nicht der Gefährdung ausgesetzt sind. Und das alles mit professioneller Schutzausrüstung für das Personal.

Das nächste wäre gewesen, über die Krankenkassen zu erfahren, wer durch Vorerkrankung gefährdet ist. Hier hätte die Bundesregierung gar nicht die Namen abfragen brauchen, denn die Krankenkassen haben in ihren Daten alle Vorerkrankungen erfasst. Die Betroffenen hätte man über die Krankenkassen informieren können, dass es zwei Möglichkeiten gibt: entweder in eine staatliche Quarantäne zu gehen (so hätte die Bundesregierung nicht alle Hotels schließen müssen, sondern nur einen sehr geringen Teil, den gefährdeten Personen hätte man Vollversorgung angedeihen lassen können) – oder zuhause in eine Privat-Quarantäne, die auch unter Kontrolle der Kassen stattfindet, um zu gewährleisten, dass es wirklich hundertprozentig funktioniert. Man hätte mit dieser ersten Maßnahme eine Vielzahl der wirklich gefährdeten Personen unter den richtigen Schutz gestellt! Viel wichtiger, als 83 Millionen Bundesbürger unter Quarantäne zu stellen und die Wirtschaft lahmzulegen! Man hätte also den allerersten Schutz der wirklich gefährdeten Personen durchführen müssen. Dies ist nicht geschehen – und dies werfe ich der Bundesregierung vor.

Fünf ausgewiesene Professoren und Fachleute haben Ende April eine aufsehenerregende Anfrage an die Bundestagsfraktionen versandt, in der die Corona-Maßnahmen der Merkel-Regierung in

Frage gestellt wurden. Bisher hat sich von Regierungsseite niemand um dieses Papier gekümmert. Sie haben das zum Anlass genommen, dieses Thema neu aufzugreifen...

Für mich begründet sich unser Tun in einer ganz einfachen Erklärung: wir sind als Abgeordnete des Deutschen Bundestages privilegiert, dass wir der Bundesregierung Fragen stellen können, die diese auch beantworten muss. Dieses Recht haben nur die Abgeordneten – der einzelne Bürger hat das nicht. Wenn ich also als Volksvertreter in das deutsche Parlament gewählt worden bin, empfinde ich es als meine Pflicht und Aufgabe, solchen Vereinigungen wie den fünf Wissenschaftlern zu helfen – und bei solch einem ernstem Thema, für Bürger, die Fragen stellen, mein Mandat wahrzunehmen und diese Fragen an die Bundesregierung mit der Bitte um Beantwortung weiterzuleiten. Das ist völlig unabhängig davon, ob ich den Inhalt der Fragen oder die Begründungen teile oder nicht. Sondern hier geht es darum, dass im voltairschen Sinne, ich für jeden in diesem Lande, der berechnigte Anliegen und Fragen an die Bundesregierung hat, auch mein Mandat wahrnehme und diese Fragen weiter transportiere – völlig unabhängig, welcher politischen Strömung er angehört oder welchen Inhalts seine Fragen sind, solange diese seriös und ernsthaft sind.

Die AfD-Bundestagsfraktion ist in Sachen Gesundheit sehr gut aufgestellt und hat eine ganze Reihe von Fachleuten, darunter Professoren, Ärzte, Fachmediziner. Wie wird sich die AfD-Fraktion in Zukunft positionieren? Was sagen Sie den vielen Menschen draußen, die jeden Samstag in den Städten Deutschlands demonstrieren, weil sie ihre Grundrechte in Gefahr sehen?

Also erst einmal freue ich mich darüber, dass eine Vielzahl von Bürgern doch ihr Recht wahrnimmt und in den Städten auf die Straßen und Plätze geht, um von ihrem Grundrecht auf Demonstration Gebrauch zu machen! Der Hintergrund aber dieser Demonstration ist ja, dass viele Maßnahmen der Bundesregierung inzwischen in Frage gestellt werden. Also das beginnt mit der

Frage: Wie zählt das Robert-Koch-Institut die Fälle eigentlich, wie bewertet es diese Fälle? Wir haben anfangs in den Nachrichten immer die Meldung bekommen, so und so viele Menschen seien *an* Corona gestorben. Das wird inzwischen anders ausgedrückt, es heißt nun, so und so viele Menschen seien im Zusammenhang *mit* Corona gestorben. Das ist ja ein großer Unterschied. Die Frage ist auch: Warum hat das Robert-Koch-Institut den Ärzten abgeraten, eine pathologische Untersuchung nach dem Ableben durchzuführen? Das heißt also, nachzuforschen, woran die Verstorbenen nun wirklich gestorben sind – und das ist doch das Wichtigste bei einer neuartigen Krankheit wie Corona. Übrigens der Virus mutiert auch noch in Europa – anders als in Amerika oder in China. Also hier müsste es doch für die Wissenschaft interessant sein, nachzuforschen und nachweisen zu können, woran die Menschen wirklich gestorben sind, was letztendlich zum Exitus geführt hat – und wie Corona auch in seiner Mutation zu bewerten ist, also in der Veränderung des Virus innerhalb der unterschiedlichen Länder. All das wirft bei den Bürgern zurecht Fragen auf!

Und wenn wir das jetzt verbinden mit den Erkenntnissen des Oberregierungsrates Kohn aus dem Innenministerium, dass die Maßnahmen nicht zu weniger Todesfällen geführt haben, sondern dass viele Leute aus Angst, Corona zu bekommen, nachweislich gar nicht erst in die Krankenhäuser gehen, um lebenswichtige Operation durchführen zu lassen, dann ist das doch alles eine Entwicklung, die wir nicht gutheißen können. Ich glaube, das spüren die Menschen auch. Das Vertrauen der Menschen in die Aktivitäten der Bundesregierung nimmt ab. Und um das generell festzustellen: am Anfang haben Frau Merkel und Herr Spahn wenig unternommen, um die Corona-Krise bewusst unter Kontrolle zu bekommen. Ich erinnere mich, dass noch Flugzeuge aus den unterschiedlichsten Ländern, unter anderem aus dem Iran, nach Deutschland einfliegen konnten, ohne in irgendeiner Form kontrolliert zu werden.

Man hat anfangs versucht, die Gefahren klein zu reden. Erst

sehr spät wurde reagiert, allerdings dann völlig unverhältnismäßig. So wie man am Anfang klein gespielt hat, hat man es am Ende maßlos übertrieben. Wie ich schon zuvor beantwortet habe, weist ja vieles darauf hin, dass hier intelligentere Möglichkeiten erforderlich gewesen wären, die Krise in den Griff zu bekommen. Der Hamburger Toxikologe Prof. Hockertz hat das einmal so ausgedrückt: „Nicht das Virus macht krank. Die Angst davor macht krank.“ – und Angst ist immer ein schlechter Berater, auch in Krisenzeiten!

Vielen Dank für das Interview, Herr Hampel.

Ich habe zu danken, Herr Haller.